

Die PDS hat mit Spitzeln kein Problem

Zumindest zwei ihrer Abgeordneten im Landtag arbeiteten einst für die Stasi

Verpflichtungserklärung von Ina Leukefeld, die nach der verlorenen Stichwahl Suhls Oberbürgermeister Dr. Kummer „stachlig“ gratulierte (Zeitungsausschnitt „Freies Wort“, Suhl).

9.1 Von Thomas Purschke

Es ist schwer nachvollziehbar, dass 15 Jahre nach dem Mauerfall und einer seither anhaltenden öffentlichen Diskussion um die DDR-Staatssicherheit die SED-Nachfolgepartei PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) bei den Thüringer Landtags- und Europawahlen 26,1 Prozent der Stimmen erhielt. Es kann sich hierbei nicht nur um jenen Bevölkerungsanteil der ehemaligen DDR handeln, wo von 16,4 Millionen Einwohnern rund 2,2 Millionen Mitglied der SED waren, die sich ein Staatssicherheitsministerium mit zum Schluss über 95.000 hauptamtlichen Mitarbeitern leistete, die wiederum 175.000 Spitzel beschäftigten. Auf den aufgeblähten SED- und staats-treuen Verwaltungsapparat, auf die anderen Parteien, Massenorganisationen und Gremien mit ihren hauptamtlichen Funktionären soll hier gar nicht erst eingegangen werden. Demzufolge muss es ein Wählerpotenzial geben, das auf die populistischen Parolen der PDS abfährt und sich kaum

Verpflichtung

Joh. Leukefeld, Ina, geb. am 12.12.1954 in Kipping, Woluckstr. 9, Anstr. 9, verpflichtete mich freiwillig, an der Gewährleistung und ständigen Ordnung und Sicherheit in der DDR durch inoffizielle Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei bei der Verhinderung und Bekämpfung der Kriminalität und anderer Rechtsverletzungen aktiv mitzuwirken.

Ich werde alle mir erteilten Aufträge diszipliniert, Verantwortungsbewusst und in der Einhaltung der mir bekanntgegebenen Verhaltensregeln nach bestem Wissen und Können erfüllen. Ich bin mir bewusst, daß mir durch die Kriminalpolizei ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wird.

Zustimmend werde ich stets sachlich und wissenschaftlich handeln und meinen Beitrag zu einer gesellschaftlich wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in - Verhinderung leisten.

Ich erkläre, daß ich über alle im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit bekanntwerdenden Personen und Sachverhalte strengste Geheimhaltung gegenüber jedem Unbefugten, auch meinen engsten Familienangehörigen, wahren werde. Ich werde alles in meinem Kräftebereich anstrengen, um diese Forderung ständig durchzusetzen.

Gedanken macht über die ideologischen Wurzeln dieser Partei.

Die PDS, die ab Dezember 1989 kurzzeitig SED-PDS hieß, hat in der jüngsten Zeit öfter einmal eine kritische und offensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit propagiert. Doch meist stellte sich diese „offensive“ Herangehensweise als nebulöse Vorwärtsverteidigung dar, vor allem, wenn es um konkrete Spitzelfälle mit eindeutigen Aktenlagen in den eigenen Reihen ging. Bisher sind zwei Stasi-Personalien aus der PDS-Fraktion des neuen Thüringer Landtags bekannt geworden – übrigens gab es schon vor den Wahlen entsprechende Rechtfertigungen der Betroffenen. Schon einmal hatte die Thüringer PDS mit einem Spitzelfall in ihrer Landtagsfraktion zu kämpfen gehabt. Almuth Beck (GMS Almuth) wurde einen Monat nach Bekanntwerden ihrer Spitzeltätigkeit das Abgeordnetenmandat wegen „Parlamentaritätswürdigkeit“ entzogen, wogegen sie und die Fraktion natürlich klagten. (Siehe hierzu auch „Gerbergasse 18“,

Nr. 13, Juli 1999 – „War es normal, für das MfS zu arbeiten?“)

Ich dachte damals, ich tue etwas Gutes

Bei der Landesvertreterkonferenz der PDS am 7. Februar 2004 formierten sich die Kandidaten für die Landtagswahl. Eine Delegierte stellte damals den Bewerbern die Frage, wie sie mit dem öffentlichen Druck umgingen, wenn ihre Vergangenheit im Wahlkampf hoch koche? Darauf antwortete die Vizechefin der Thüringer PDS und Landtagskandidatin Ina Leukefeld (Suhl): „Wir müssen mit unseren Biografien offensiv umgehen und solidarisch.“

Frau Leukefeld, die ab 1985 als treues SED-Mitglied beim Rat der Stadt Suhl als Stadträtin für Jugendfragen, Körperkultur und Sport wirkte, hatte sich am 5. Juni 1985 handschriftlich verpflichtet, „freiwillig an der Gewährleistung und ständigen Ordnung und Sicherheit in der DDR durch inoffizielle Zusammenarbeit mit der

Darüber wurde ich belächelt und weiß, daß ich bei Verstößen gegen die mir erteilte ausdrückliche anvertraute Pflicht zur Geheimhaltung gem. §§ 245 (1) und 246 StGB zur Verantwortung gezogen werden kann.

Über die Ergebnisse der Inoffiziellen Tätigkeit werde ich wahrheitsgemäß schriftlich berichten und diese Berichte mit dem mir gewählten Decknamen „Sonja“ unterzeichnen.

BStU
030069



Foto: Zeitungsarchiv „Freies Wort“ Suhl

Kriminalpolizei ... aktiv mitzuwirken“ sowie „strengste Geheimhaltung gegenüber jedem Unbefugten, auch meinen engsten Familienangehörigen“ zu wahren. Berichte werde sie „mit dem von mir gewählten Decknamen Sonja unterzeichnen“, schrieb die damals 30-jährige studierte Staatswissenschaftlerin. Die Verpflichtungszeremonie fand – laut Akte – in der Dienststelle des Führungsoffiziers Michael Schünke statt. Schünke war seinerzeit Oberleutnant der Kriminalpolizei im Kommissariat I (K I) des Volkspolizei-Kreisamtes Suhl.

Fortan als IKMO (Inoffizieller kriminalpolizeilicher Mitarbeiter für operative Aufgaben aktiv (Registriernummer 0053/85), informierte „Sonja“ in ihrem ersten Spitzelbericht, datiert vom 11. Juni 1985: „Der Jugendklub ‚Wilhelm Pieck‘ muß überprüft werden, da dort viel Alkohol konsumiert wird und manche Nächte durchgemacht werden.“

Ihrem Auftrag entsprechend, berichtete „Sonja“ auch konspirativ über das

Problem der Ausreisegestaltung: „Die erteilte Ausreisegenehmigung für XXX und YYY hatte zur Folge, daß am 11. Juni ca. 50 % der Antragsteller in der Abteilung Inneres vorsprachen und massiv die Genehmigung ihres Ausreisegestaltung forderten.“ Die Treffen Leukefelds mit ihrem Führungsoffizier fanden überwiegend im geheimen Treffquartier (TQ) „Lauter“ in Suhl statt.

Am 11. November 1985 notierte „Sonja“ in einer „Information zur Karnevalsveranstaltung“ in der Sühler Stadthalle: „In verschiedenen Beiträgen wird die führende Rolle der Partei aufgegriffen, wird die Vorbildwirkung der Genossen lächerlich gemacht bzw. angezweifelt. Dies wurde am deutlichsten an dem Beitrag von XXX mit dem Bonbon als Synonym für Parteiabzeichen. Ich persönlich habe dies als Beleidigung jedes Genossen aufgefaßt.“ Anfang 2004 bekannte sie dazu: „Zum damaligen Zeitpunkt dachte ich, ich tue etwas Gutes.“ Weiterhin entrüstete sich „Sonja“ in ihrem Karnevalsbericht über „verschiedene Beiträge, worin die Freundschaft zur Sowjet-

union angegriffen wird“. Anmaßender Höhepunkt war dabei wiederum der Beitrag von XXX, der sagte (und „Sonja“ Leukefeld hat dies notiert): „Uns wird doch gesagt, wen oder was wir lieben dürfen.“ Anschließend spielte die Kapelle in verzerrter Form das Lied ‚Immer lebe die Sonne‘. Solche Angriffe auf Grundpositionen des Marxismus/Leninismus dürfen keinesfalls zugelassen werden. Es ist notwendig, den Parteeinfluß innerhalb des Erferrats zu stärken, da eine Reihe von Parteilosen dort mitarbeiten ...“

Im März 1986 schrieb „Sonja“ auf zwei DIN-A4-Seiten eine „Einschätzung“ des SED-Genossen und Diplomkulturwissenschaftlers Matthias Rolfs, der als Stadtrat für Kultur beim Rat der Stadt Suhl beschäftigt war und in der Leitung der APO¹ mitarbeitete: „... Bei der Übernahme zusätzlicher Aufgaben prüft er zunächst gründlich, ob das unbedingt erforderlich ist ... Er hat jedoch manchmal Schwierigkeiten in der ideologischen Auseinandersetzung bei bestimmten Problemen im Alltag, insbesondere in seinem Leitungsbereich.“

Der letzte Treffbericht mit „Sonja“ datiert vom 30. Juni 1986, wobei vermerkt ist, dass „Sonja“ am 28. und 29. Juni konspirativ zur Absicherung des Pressefestes der SED-Bezirkszeitung Suhl, „Freies Wort“, eingesetzt war. Kurz danach wechselte Ina Leukefeld ihren Arbeitsplatz und war fortan in der SED-Kreisleitung Suhl als Sekretär für Kultur, Volksbildung und Gesundheitswesen tätig. Laut einer MfS-Richtlinie waren Personen in solchen Funktionen nicht mehr als IM zu führen – die Zusammenarbeit mit dem Organ erhielt offiziellen Charakter. So gab es am 9. Oktober 1986 die so genannte Averbüfung zur Archivierung der IM-Akte. Zuvor hatte es eine Absprache des MfS-Offiziers Willi Dolling mit dem K-I-Kollegen Oberleutnant Schünke und dem Leiter des Kommissariats I gegeben, Frau Leukefeld künftig „offiziell zu nutzen“.

Es kann sein, dass es einen Verdrängungsprozess gibt

Nach dem Untergang der DDR engagierte sich Ina Leukefeld in der SED-Nachfolgepartei PDS und arbeitete als Leiterin des Wahlkreisbüros der PDS-Landtagsabgeordneten und zeitweiligen PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer in Suhl. Als der SPIEGEL im Mai 2000 über die Spitzeltätigkeit Leukefelds für die K I der DDR-Volkspolizei berich-

¹ APO = Abteilungs-Partei-Organisation der SED

BSU
000015

Zum Problem Antragsteller:

- Ausliegende Ersuchen: 34 Anträge in 154 Ges. + 23 Kunden
- die erteilte Ausreisefreigabe für Mr. [Name] in: [Name] habe zu Folge, daß am 11.6. ca 50% der Antragsteller in die Abt. immer übernommen u. wenn die Freilassung ihres Ausreisetrags forderen;
- Tendenz: Betriebe wollen keine Antragsteller einstellen
- Zustand in VEB HWS unverständlich

Bericht von Ina Leukefeld zum Problem der Antragsteller ...

tete, bezeichnete sie dies wenige Tage später in der Suhler Tageszeitung „Freies Wort“ als „unfair“ und nicht belegt. Den ihr seit vielen Jahren aus der gemeinsamen SED-Arbeit und danach der PDS) bestens bekannten Lokaljournalisten legte sie damals den Personalteil ihrer K-I-Akte vor, den sie von der Gauck-Behörde erhalten hatte. (Aber bekanntermaßen wird laut Stasi-Unterlagengesetz einem ehemaligen IM eben nur dieser Personalteil ausgehändigt, nicht seine Berichtsakten.) Demzufolge konnten die in Sachen Stasiangelegenheiten kaum investigativen Redakteure auch „keine persönlichen Berichte“ in jener Akte finden, woraufhin Ina Leukefeld posaunte: „Ich war kein IM der Stasi, meine Gauck-Akte belegt, ich habe nicht gespitzt.“ Aber sie war definitiv ein inoffizieller Mitarbeiter der K I der DDR-Volkspolizei, und ein solcher IM ist laut Unterlagengesetz einem Stasi-IM gleichgestellt, wenn dieser sein Aufgabengebiet (Kriminalitätsbekämpfung und -prävention) verlassen und wie ein Stasi-IM berichtet hat. Die oben aufgeführten Zitate aus den Berichtsakten belegen eindeutig den Charakter des IM-Einsatzes. Diese aus marxistisch-leninistischer Überzeugung heraus entstandenen Denunziationen sind wohl kaum einer normalen Informantentätigkeit aus der Kriminalitätsszene zuzuordnen. Außerdem hat Ina Leukefeld ihre mit „Sonja“ unterzeichneten Berichte eigenhändig geschrieben – sie hat somit die Öffentlichkeit belogen.

Bereits im Juni 2000 führte der Autor mit Frau Leukefeld ein Gespräch, in dem sie sich bockig stellte: „Ich lasse mich

nicht in eine Schmutzdecke stellen, ich weiß genau, was gewesen ist und habe keinen Grund, mich zu verstecken.“ IM-Berichte mit dem Namen „Sonja“ habe sie nie geschrieben. Wenig später folgten wachsweiße Floskeln: „Es kann sein, dass es da bei mir einen Verdrängungsprozess gibt.“ Und: „Ich trage den Rucksack, kann nicht aus meiner Biografie heraus.“ Aber sie erklärte auch, „eine differenzierte Sicht auf die Vergangenheit“ zu haben.

Warum sie im Juni 1985 für die K I auftragsgemäß sogar ihre eigene Mutter „einschätzte“ und deren kleine Wohnung skizzierte, für die sie die K I als Treffpunkt mit Informanten interessierte, sagte sie nur: „So genau kann ich mich nicht mehr erinnern.“ Für sie war das Aufzeichnen des Wohnungsgrundrisses eine „normale Angelegenheit“, wie auch die K I für sie nur gewöhnliche Polizei gewesen sei. Ihr einstiger Führungsoffizier Schünke durfte im wiedervereinigten Deutschland übrigens im Thüringer Polizeidienst verbleiben.

Die heute 49-jährige Ina Leukefeld, seit 1994 für die PDS im Suhler Stadtrat und im Thüringer PDS-Landesverband als stellvertretende Vorsitzende fungierend, hatte im Mai 2000 bei der Oberbürgermeister-Stichwahl gegen CDU-Platzhirsch Dr. Martin Kummer nur knapp verloren. Für die Landtagswahl wurde sie auf Listenplatz 3 gesetzt, und vor allem ihrem Slogan ist wohl ihr Einzug in das Thüringer Landesparlament zu danken: „Hütet euch vor Politikern, die auf jede Frage eine Antwort haben.“ Außerdem war und ist Frau Ina („Sonja“) Leukefeld für „Offenheit und Transparenz“ und „mehr Demokratie“.

Ich sehe es als meine Pflicht an ...

Interessant ist auch die Personalie des einstigen Stasi-IM „Fritz Kaiser“ (Reg.-Nr. XI 288/87, Klarnamen Frank Kuschel) aus Arnstadt, der auf Platz 12 der PDS-Landesliste und kommunalpolitischer Sprecher des PDS-Landesverbandes den Thüringer Landtag erobert hat.

1961 im thüringischen Ilmenau geboren, ging Kuschel nach dem Abitur zur NVA-Offiziershochschule der Landstreitkräfte Löbau (Sachsen) und absolvierte diese „Mit Auszeichnung“ sowie der Beförderung zum Leutnant. Im Herbst 1983 wurde er in eine NVA-Dienststelle nach Mühlhausen (Thüringen) versetzt und schützte dort den Weltfrieden. Eine Verletzung zwang ihn, aus dem NVA-Dienst auszuschneiden, aber er kam sogleich (offenbar ohne verwaltungstechnische Qualifikation) im Staatsdienst unter. Von Februar 1985 bis August 1987 war er Mitarbeiter für Koordinierung, Ordnung und Sicherheit des Rates des Kreises Ilmenau. Wegen seiner „Fähigkeiten und gezeigten“ Leistungen wurde er 1987 zum Stellvertreter des Bürgermeisters für Inneres der Kreisstadt berufen – für die Stasi-Kreisdienststelle Ilmenau eine Schlüsselposition. Schließlich hatte er in dieser Funktion „persönlichen Kontakt zu Übersiedlungersuchenden“ und konnte zu „deren Zurückdrängung“ Informationen erarbeiten.²

Am 30. März 1988 verpflichtete sich Frank Kuschel in seiner Wohnung und im Beisein des MfS-Unterleutnants Peter Heinze von der KD Ilmenau schriftlich zur Zusammenarbeit und wählte sich den Decknamen „Fritz Kaiser“. In seiner umfangreichen Verpflichtungserklärung bezog er sich auf die „gegenwärtige Verschärfung der internationalen Lage durch den Gegner“ und betonte: „Mir ist bewußt, daß der Gegner durch die Organisierung und Inspirierung von Übersiedlungersuchenden DDR-Bürgern ein (sic!) politischen Untergrund und eine innere Opposition schaffen will. Deshalb sehe ich es als meine Pflicht an, das MfS bei der Aufdeckung und Bekämpfung dieser Angriffe meine ganze Kraft zur Verfügung zu stellen.“ (sic!)

Schon kurz nach seiner Verpflichtung lieferte er handschriftliche Berichte über geführte Aussprachen mit Antragstellern ab. So ist zu lesen: „Die XXX trat undiszipliniert und provozierend auf.“ Oder über eine Familie in seinem Heimatort Langewiesen bei Ilmenau, die bis Juli 1988 fest mit ihrer Über-

BSU
000007

München, den 30.3.88
-3-

Verpflichtungserklärung

Angesichts der gegenwärtigen Verschärfung der internationalen Lage durch den Gegner sehe ich es als meine Pflicht an, alle Angriffe der Feinde gegen die DDR, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die staatliche Sicherheit rechtzeitig zu erkennen, vorzubereiten zu verhindern und wirksam zu bekämpfen. Mir ist bewußt, daß der Gegner durch die Organisierung und Inspirierung von Übersiedlungersuchenden DDR-Bürgern ein politischen Untergrund in der DDR und eine innere Opposition schaffen will.

Deshalb sehe ich es als meine Pflicht an, das MfS bei der Aufdeckung und Bekämpfung dieser Angriffe meine ganze Kraft zur Verfügung zu stellen.

Ich erkläre meine Bereitschaft mir bekanntgewordene Sachverhalte wahrheitsgemäß, objektiv, aktuell und umfassend zu berichten; meine Feststellungen schriftlich zu dokumentieren und bei bedeutsamen Feststellungen und Vorkommnissen vorzugsweise die Verbindung zum Mitarbeiter des MfS aufzunehmen. Ich verpflichte mich zur Wahrung der Geheimhaltung und zum Verhalten der Regeln der Konspiration einzuhalten.

Zur Gewährleistung einer konspirativen Verbindung und zur Unterzeichnung von Berichten wähle ich mir den Decknamen Fritz Kaiser.

Ich bin darüber belehrt worden, daß ich bei einem Bruch dieser Verpflichtung, der schwerwiegende Folgen für die Sicherheit unseres Staates nach sich zieht, entsprechend dem Gesetzen der DDR zur Verantwortung gezogen werden kann.

Frank Kuschel

Verpflichtungserklärung von Frank Kuschel, der am 13. Juni 2004 auf PDS-Listenplatz 12 den Thüringer Landtag eroberte.

siedlung rechnete: „Es fällt mir auf, daß die Familie im Gegensatz zu 1989 nicht so intensiv Bestellarbeiten im Garten durchgeführt hat. Weiterhin wurde mir bekannt, daß Professor YYY von der Technischen Hochschule das Haus und Grundstück der Familie ... kaufen will.“

Im Auftrag seines Führungsoffiziers führte Kuschel am 1. Juli 1988 eine „Aussprache“ mit zwei Personen, die zusammen mit dem Freundeskreis Ökologie der Evangelisch-Lutherischen Kirche Ilmenau eine Unterschriftenaktion „für die Erhaltung eines Baumes in der Unteren Münzstraße“ organisiert

hatten. Kuschel fertigte ein mit seinem Klarnamen unterzeichnetes Gesprächsprotokoll – beide Personen wurden umgehend im Operativen Vorgang „Ökologie“ bearbeitet.

Anfang 1989 wechselte Kuschel die Arbeitsstelle und wurde hauptamtlicher Bürgermeister des Städtchens Großbreitenbach (Kreis Ilmenau) – das geschah übrigens ohne Wählervotum und war in der DDR allgemeine Praxis. Ob dies eine Degradierung bedeutete, geht aus den Akten leider nicht hervor, aber schon kurz nach seinem Amtsantritt belieferte er die Stasi mit Informationen zur Karnevalsveranstaltung. Der Karnevalspräsident habe abgelehnt, Passagen der Bütenreden zu ändern, „mit der Begründung, die Bütenreden wurden schon viermal geändert“. Am 18. Januar 1989 quittierte Kuschel den Erhalt „... einer Prämie

von 200 Mark für die Erarbeitung von Informationen“, und im März 1989 lieferte er Details zu Wahlvorhalten für die Kommunalwahlen im Mai. Vom 2. Oktober 1989 datiert ein Bericht über „Sympathisanten des Neuen Forum“ in Großbreitenbach und vor allem über einen Arzt, der im Operativen Vorgang „Anästhesist“ bearbeitet wurde: „Unter der Bevölkerung besteht die Diskussion, daß XXX Unterzeichner des ‚Neuen Forum‘ sein soll.“

Eure Solidarität wird mir helfen, das durchzustehen

Die Thüringer PDS hat mit den Spitzelaktivitäten von Ina Leukefeld und Frank Kuschel offensichtlich kein Problem. Die Biografie Kuschels sei ohnehin seit dem Jahre 1990 bekannt, äußerte sich der PDS-Sprecher Seidel im Februar 2004.

Auf die Frage, wie er die aufkommende Medienkampagne wegen seiner Stasi-Vergangenheit parieren werde, antwortete Kuschel auf der PDS-Delegiertenversammlung im Februar: „Eure Solidarität wird mir helfen, das durchzustehen.“ Dafür bekam er viel Applaus. Und im März hatte er dialektisch auf der PDS-Webseite verkündet, dabei als gelernten Beruf „Hochschulingenieurpädagogie“ angebend: „Der Sozialismus in der DDR hatte nicht viel mit Sozialismus zu tun. Den Vorwurf, den ich mir machen muss: Ich habe lange Zeit mitgemacht.“ Dann kamen – wenige Tage vor der Landtagswahl – altbewährte Parolen: Er kämpfe „gegen die immer unerträglichere, offensichtliche Vorherrschaft des Kapitals in unserer Gesellschaft, das mit dem Ziel der Geldvermehrung alle Lebensbereiche“ beherrsche.

Bodo Ramelow, PDS-Fraktionschef im Thüringer Landtag, fragte: „Sollen die, die sich geoutet haben, ein Leben lang weggesperrt werden?“

Der Kölner Publizist und DDR-Experte Karl-Wilhelm Fricke sagte dazu: „Niemand hierzulande denkt an Wegsperrungen, wenn Ex-MfS-ler oder ihre heimlichen Helfer von der Vergangenheit eingeholt werden. Aber je dreister sich ehemalige Stasimitarbeiter, hauptamtliche wie inoffizielle, zu Wort melden oder in die Politik gehen, bar allen Schuldgefühls, je nachhaltiger sie sich in öffentliche Ämter drängen oder in die Rolle von Volksvertretern schlüpfen, desto dringender ist es, ihre Vergangenheit zur Sprache zu bringen. Sie selber provozieren diese Reaktion.“ ■

² Die Abteilungen Inneres der Räte der Städte oder Kreise waren zuständig für die Bearbeitung der Ausreiseträger. Unter „Zurückdrängung“ verstand die Staatssicherheit die „freiwillige Rücknahme“ des Antrags. So ideologische Beeinflussung nicht fruchtete, setzten massive Schikanen ein, wie jeder einstige Antragsteller bestätigen kann.